

Das japanische Frage- und Antwortspiel.

Wegedichte Einigkeit mit Japan.

In den letzten Tagen ist die Frage eines Eingreifens Japans in Sibirien zu einem wahren Frage- und Antwortspiel geworden, aus welchem Klarheit über die wahren Absichten Japans nicht zu gewinnen war. Die Meinungen darüber lauteten bisher sehr widerspruchsvoll und es machte den Eindruck, daß man in Japan selbst offenbar sich noch nicht zu einem festen Entschlusse durchzuringen vermochte. Aber auch die Frage des Verhaltens der Verbündeten Japans blieb unklar. Jetzt wird wieder gemeldet, daß die Vereinigten Staaten mit Japan, Großbritannien und den andern Alliierten zu einer Uebereinkunft über das Vorgehen in Sibirien gelangt seien. Die Einzelheiten blieben jedoch noch auszuarbeiten.

Aber noch der Pariser „Temps“ vom Sonnabend veröffentlichte auf Grund einer Londoner Depesche folgende Note aus Tokio: Infolge des Chaos, das in Rußland herrscht, steht die Entscheidung Japans noch nicht fest. Japan ist zu einer militärischen Tätigkeit in Sibirien jetzt außerstande, abgesehen davon, daß der Standpunkt der Verbündeten erst geklärt und vollkommenes Einvernehmen zu einem endgültigen Entschlusse erzielt werden muß.

Das gleiche Wahlrecht in Sachsen.

Annahme im Ausschuss der Zweiten Kammer.

Aus Dresden wird gemeldet: Im Verfassungsausschuss der Zweiten Kammer wurde der nationalliberale Antrag auf Einführung des gleichen geheimen und direkten Wahlrechtes mit zwei Zusatzstimmen, die nicht nach Einkommen und Vermögen zugeteilt werden dürfen, angenommen. In dem Ausschuss der Ersten Kammer wurde die Regierungsvorlage über die Reform der Ersten Kammer mit allen gegen zwei Stimmen ohne Veränderung angenommen.

Man wird die Bedeutung dieser Tatsache in größeren Zusammenhänge zu würdigen haben: das sächsische Wahlrecht hat bisher den Gegnern des gleichen Wahlrechtes in Preußen ein willkommenes Beispiel eines Klassenwahlrechtes, das lange Zeit leidlich gut gewirkt hatte; jetzt aber erkennt der sächsische Verfassungsausschuss selber es als reformbedürftig an, er will die besondere Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen beseitigen. Und gerade die sächsischen Nationalliberalen sind es, deren Antrag in dieser Richtung zu wirken sucht und zweifellos weiterwirken wird. Wir überlassen es, schreibt dazu das „Deuts. Tagbl.“, den preußischen Nationalliberalen, die besondere Augenwendung für sich daraus zu ziehen.

Die Nationalliberalen in Preußen für das gleiche Wahlrecht.

Der Zentralkomitee der nationalliberalen Partei Preußens hat sich mit Neuzugewähltheit für das gleiche Wahlrecht ausgesprochen.

Der preußische Minister des Innern Dr. Drews hat an die Regierungspräsidenten einen Erlass gerichtet, in welchem es u. a. heißt: Bei der entscheidenden kriegspolitischen Bedeutung, die die preußische Wahlrechtsvorlage gewonnen hat, muß ich mich mit Nachdruck fordern, daß die mir nachgeordneten Dienststellen die Politik der Staatsregierung unbedingt nach außen hin vertreten. Insbesondere erwarte ich von den Herren Regierungspräsidenten, daß sie, wo immer sich Gelegenheit bietet, mit aller Entschiedenheit betonen, daß die Staatsregierung mit unverminderter Entschlossenheit auf der Ausführung des Allerhöchsten Erlasses vom 11. Juli 1917 beharrt, daß sie festhält an ihrer wiederholt gegebenen Erklärung, an die Einführung des gleichen Wahlrechtes alle verfassungsgemäß zulässigen Mittel zu sehen. Es trifft nicht zu, daß die durch nichts zu rechtfertigende Haltung der Leitungen beider sozialdemokratischen Parteien anlässlich der Groß-Berliner Streikbewegung, die Staatsregierung irgendwie an ihrem Reformwillen irre gemacht hätte. Jede in dieser Richtung zielende Behauptung widerspricht der Wahrheit. Die Staatsregierung besteht die Einführung des gleichen Wahlrechtes nicht als eine Maßnahme, für deren Durchführung das Wohlverhalten der sozialdemokratischen Partei maßgebend ist, sondern als die innerpolitische Konsequenz, die sich aus der opferfreudigen, treuen und geduldbigen Haltung des gesamten Volkes während der schweren Jahre der Not ergeben hat. Die Staatsregierung erkennt in keiner Weise an, daß durch die letzte Streikbewegung das Vertrauen in die Arbeiterchaft, das sie gerade mit der Wahlrechtsvorlage bekräftigt hat, eine Erschütterung erfahren hat, im Gegenteil erkennt sie in der patriotischen, pflichtbewußten Haltung der übermütigen Mehrheit der deutschen Arbeiterchaft während des Streiks eine Bestätigung ihres Vertrauens.

Vom Hansabunde.

Der Hansabund im Kampf gegen den Staatssozialismus.

Das Direktorium des Hansabundes hat in seiner letzten Versammlung die ihm vom Präsidium vorgelegene Ergänzung der Richtlinien einstimmig angenommen.

Dieser neue Teil der Richtlinien lautet: „Der Hansabund wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß auch in Zukunft die Eigenwirtschaft die feste und sichere Grundlage unserer Gesamtwirtschaft bleibt.“

Es ist ein Lebensinteresse des Staates und der Gesamtwirtschaft, den freien und selbständigen, zur Bewältigung der Forderungen auch des Gemeinwohls

durchaus geeigneten und gewillten Privatbetrieb zu erhalten, der auch den richtig verstandenen Interessen der Arbeiter Rechnung trägt. Die Laisthaft und Entschlußlosigkeit, die Schaffensfreude und der Wagemut des persönlich verantwortlichen und auch innerlich mit dem Unternehmen eng verknüpften selbständigen Unternehmers wird mehr denn je mitzuwirken haben bei der Wiederherstellung und Wahrung des Wohlstandes, der Leistungsfähigkeit und des Ansehens des Vaterlands.

Im Interesse der dringenden erforderlichen Entfaltung aller produktiven Kräfte, der Wiederherstellung des Mittelstandes und der Freizügigkeit sowie des Emporkommens der Angestellten zu selbständigen Unternehmern wird daher der Hansabund jede Zwangswirtschaft aufs schärfste bekämpfen, welche zur Ausschließung und Beschränkung des freien Handels auch in der Friedenswirtschaft und zur Bevormundung von Industrie, Gewerbe und Handwerk führt und führen muß. Es macht dabei keinen Unterschied, ob diese zwangsverwirtschaftete Bevormundung in der Form direkter, beamtlich geleiteter Staatsmonopole oder in der Gestalt formell kaufmännisch geleiteter, aber tatsächlich staatlich gelenkter monopolistischer Schein-Privatbetriebe erfolgt.

Ebenso wird der Hansabund energisch auftreten gegen jedes längere Fortbestehen und gegen jede Neuschaffung solcher Zwangshandelsbetriebe, die — im Gegensatz zu freien Vereinigungen der Beteiligten, deren Nützlichkeit der Hansabund anerkennt — hinsichtlich ihrer Gründung, Leitung, Verwaltung und Auflösung behördlicher Entscheidung unterliegen.“

Kleine politische Meldungen.

Adnig Friedrich August in Stuttgart. Aus Stuttgart wird vom Mittwoch gemeldet: Auf die Ankündigung, daß heute vormittag 10 Uhr Adnig Friedrich August zum Besuch des württembergischen Königs paares in Stuttgart eintreffen würde, hatten sich zahlreiche Schaulustige vor dem Bahnhof und vor dem Weidengäßchen eingefunden. Der Zug, der die Gäste brachte, hatte allerdings starke Verspätung und kam erst kurz vor 11 Uhr an. Adnig Wilhelm, der die Uniform des sächsischen Infanterieregiments trug, begrüßte den Adnig von Württemberg, der seinerseits die sächsische Uniform keine Infanterieregiments Nr. 121 angelegt hatte, auf dem Bahnhof überaus herzlich. Außerdem waren erschienen General Robert von Württemberg, der stellvertretende Kommandierende General a. Schloß, Generalleutnant v. Schaff, der Kommandeur von Stuttgart, Regierungspräsident v. Wölfl und in Ordnung des Oberbürgermeisters Bürgermeister Klein sowie der Kommandeur des Infanterieregiments Nr. 121, Major v. Standenfeld. Vor dem Bahnhof betrug die Majestäten den offenen Wagen und fuhren nach dem sächsischen Stadtschloß. Unterwegs wurden sie von einem zahlreichen Publikum begrüßt und freudig begrüßt. Im Weidengäßchen selbst empfing Adnig Charlotte von Württemberg ihren Gast. Um 1 Uhr fand im Saal des Weidengäßchens Frühstück statt. Abends 8 Uhr reiste der Adnig wieder ab.

Zwei politische Verhaftungen in Antwerpen. Der Abgeordnete von Antwerpen Louis Frank, und der Schiffebrauereibesitzer v. Schöffen, der sich in Antwerpen aufhält, sind verhaftet worden, weil sie es unternommen haben, die Arbeiter zu organisieren, ihr Arbeit niederzuliegen. Das Verhalten der Abgeordneten Frank und des Schöpfen Strauß ist deshalb auffällig, als sie allen Anlaß hätten, als Schöpfen der Stadt Antwerpen die Wahrung der notwendigen Arbeit zu verhindern anzutreten zu können. Im übrigen werden sie sich vor den deutschen Gericht wegen Verletzung von Knorrungen zu verantworten haben, welche der Generalgouverneur getroffen hat.

Wolfgang Heinz in der Schweiz. Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heinz schreibt: „Ich lese in der „Vossischen Zeitung“, daß eine Londoner Meldung aus Wien zufolge im Geheimen verhandelt worden soll, in der Schweiz mit Engländern und Amerikanern zusammen zu kommen. (Wir haben darüber gestern berichtet.) Diese Nachricht ist vollkommen erfunden. Ich bin aus ganz persönlichen Anlaß nach der Schweiz gereist und habe bei dieser Gelegenheit einige geschäftliche Besprechungen mit Schweizer Kollegen und deutschen Alliierten gehabt. Ich habe nicht den geringsten Verlust gemacht, mit einem feindlichen Ausland direkt oder indirekt in Verbindung zu kommen.“ (Die Engländer sind also wieder einmal durch ihre Spione irreführt worden. D. Red.)

Eine belgische Zusammenkunft in Paris. Die in Paris sich aufhaltenden belgischen Senatoren und Deputierten haben ihre in England und Holland wohnenden Kollegen aufgefordert, in Warschau zusammenzutreffen, um sich ihre Einblicke mitzuteilen und ihre Meinungen auszutauschen. Diese Zusammenkunft wird vielleicht nur ein Schein sein und wird, entgegen den Behauptungen der Alliierten, den Charakter einer geheime Versammlung haben, die etwa vorbereitete Beschlüsse zu Verhandlungen und Besuchen fassen würde. Die Zahl der belgischen Parlamentarier im Ausland beträgt etwa 80, die sich in Brüssel, in Antwerpen und in anderen Städten, welche die Volksvertretung bilden.

Unterwegs eines Schweizer Getreideschiffes. Ein guttänziger Getreideschiff der „S. S. Wolf“ die Nachricht von dem Untergang eines für die Schweiz bestimmten Getreideschiffes; doch fehlen mir Stände genaue Nachrichten über den Vorgang, jedoch noch nicht feststeht, ob das Schiff auf eine Mine getroffen oder von einem deutschen U-Boot torpediert worden ist. Der untergegangene „Sardinia“ führte 1000 Tonnen Weizen, 1010 Tonnen Roggen und 612 Tonnen Weizen, total 2622 Tonnen. Es handelt sich also um ein kleineres Schiff, aber nichtbestimmter Art. So sagt die „Voss“ hinzu, der Verlust sei unserem gegenwärtigen prekären Stand der Getreidevorräte schmerzhaft.

Die Abfertigung der sibirischen Ministerliste bereitet Schwierigkeiten. Die drei oppositionellen Gruppen lehnen die Zusammenarbeit mit Vorkriegsministern ab.

Schweden soll revolutionisiert werden! Wie „Von Magdalen“ erzählt, ist zwischen den schwedischen Sozialisten und der revolutionären Regierung in Belgien eine förmliche Verbindung getroffen worden, um in Schweden mit finnisch-russischer Unterstützung im Frühjahr eine Revolution zu ermöglichen. Danach sollten die Parteimitglieder in Schweden von ihren finnischen und russischen Genossen durch eine Propaganda unterstützt werden, sobald die Offize lösbar wird. Der russische Kommissar hielt sich in Stockholm auf, um die Möglichkeiten für das geplante große Unternehmen zu untersuchen und außerdem Geldmittel für die Vorbereitungen zur Verfügung zu stellen.

Ein Arlegoversiongebund in Amerika. Ein Anwalt, welcher sich „Gowans van Arleg“ für einen dauernden Aufenthalt nennt, wird in Philadelphia für den 16. März aufgenommen. Der Antrag ist unterzeichnet von dem früheren Präsidenten Taft, dem Kardinal Gibbons, Samuel Compere und anderen angesehenen Persönlichkeiten. Er erklärt als Ziel des Anwaltes den Entschlusse des amerikanischen Volkes, die zur Verdrängung des russischen Militärischen zu kämpfen und den Widerstand zu leisten gegen einen vorgelegten Frieden.

Kardinal Gerardini. Der Kardinal Gerardini ist in Rom gestorben. John Redmond, der bekannte Orenführer, ist gestorben.

Von Stadt und Land.

Aus 7. März. Während der Vorbereitungen, die durch die Korrespondenzen herbeigeführt sind, ist — auch im Rückblick — nur mit geringer Aufmerksamkeit

Kreuz und die Friedrich-August-Medaille. Beide sind die Stabsarbeiter Wolf Schmidt. Ferner wurde dem Soldat Max Brauß die sächsische Kreuzmedaille in Silber mit Schwertern verliehen. Er ist bereits im Besitze des Eisernen Kreuzes und der Friedrich-August-Medaille. Er ist ein Sohn des Polizeimeisters Brauß aus Wurzbach i. Thür. und Schwiegersohn des Stadtrats Schmidt. — Der Befreite David Hergert, Sohn des Kaufmanns David Hergert hier, wurde mit dem Eisernen Kreuz 2. Kl. ausgezeichnet.

s. Prüfungen an der öffentlichen Handelsschule zu Aua. Mit einer einzigen Ausnahme erwarben sich sämtliche Schüler der 1. Klasse der höheren Handelsschule in den vom 25. Februar bis 2. März abgehaltenen Prüfungen die Berechtigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst.

Ablieferung von Kaninchenellen. Seit neuerer Zeit sind auch die Kaninchenellen beschlagnahmt. Das Meer braucht sie unbedingt. In Aua ist eine Annahmestelle für solche Felle errichtet worden bei dem Vorstehenden des Kaninchenzuchtvereins Rudolf Gilgner, Schwarzenberger Straße 68. Solche Felle wolle man daher bei ihm abliefern.

Unser neuer Roman. In der heutigen Nummer unseres Blattes beginnen wir mit dem Abdruck einer spannenden Novelle von Reinhold Ortman, betitelt „Entführung“. Der Verfassername bürgt dafür, daß auch dieses Werk seiner Geschicklichkeit den vollen Beifall unserer Leser finden wird.

Lotterie. Am heutigen 2. Ziehungstage 4. Klasse 1. Kl. Schöf. Lotterie fiel in die Kollektion des Herrn Otto Reifner hier auf die Nummer 62186 ein Gewinn von 3000 Mark.

Ein Hofnungsvoller Wirt. Der „Vogl. Anz.“ berichtet: Als der Einbräuer, der in den Nächten zum 3. und 4. März in den Läden eines Bäckermeisters an der Stübiger Straße in Plauen eingedrungen war und aus dem Laden außer 60 Mk. verschiedene Lebensmittel gestohlen hatte, wurde der 18 Jahre alte Jüngling Max Wilden Reithaus ermittelte und in Haft genommen. Der Wirt, der seit 26. Februar aus dem Bazararrest in Johanneurgestadt entlassen ist und sich seitdem umhertreibt, wurde von einem Hilfskuchmann abgegriffen, als er wiederum im Begriffe war, bei einem Bäcker auf dem Gerberplatz in den Laden einzubrechen. Der Unverbeirliche, gegen den bereits die Unterjagung wegen in Aua, Schneeberg und Weibach verurteilter Einbruchsbestrafte im Gange ist, wurde der Staatsanwalt sofort zugewiesen.

Bestrafung eines Diebes. Der schon bestrafte 16-jährige Hornerlehrling Arnold in Niederschlema stahl am 26. Dezember auf dem Bahnhof Aua einer Dienstmagd aus Schönbach eine Tasche mit einem Geldtäschchen nebst 10 Mark und legte sich, als er festgenommen war, dem Warden gegenüber einen falschen Namen bei. Er wurde in Hildau zu vier Monaten Gefängnis und einer Woche Haft verurteilt. Wir hatten über den Fall seinerzeit berichtet.

Neue Teuerung zulagen für die sächsischen Beamten. Die sächsische Regierung teilte im Finanzaußschuß mit, sie werde noch in diesem Monat eine Vorlage einbringen über die Gewährung neuer Zulagen der Teuerungszulagen an die Staatsbeamten ab 1. April. Gegenwärtig liegt dem Landtag bereits ein Entwurf vor, der den Beamten eine einmalige Teuerungszulage von 200 Mk. für Verheiratete und von 150 Mk. für Ledige zuwenden soll. Daran wird durch die angelegte Vorlage nichts geändert, denn sie soll den sächsischen Beamten die Gleichstellung mit den Reichs- und den preußischen Beamten bringen.

Der Bundesverband der Saalstädter im Schutze der Sachsen hat weitere Eingaben an das Ministerium des Innern betreffend die Disaffektion für das Saalgerwerbe und die Wiederaufnahme des öffentlichen Tanzes gerichtet. Der Verband bittet erneut um die Genehmigung des öffentlichen Tanzes und weist u. a. darauf hin, daß trotz des Verbotes heimlich Tanzveranstaltungen stattfinden. Ebenso enthalten die Tageszeitungen laufende Anzeigen von Tanzstunden. Ferner hätten in Dresden und Umgebung Kompagniedalle stattgefunden. Bei denen sich auch die Offiziere am Tanz beteiligen haben. Sollte das Ministerium des Innern nicht in der Lage sein, die Genehmigung zur Wiederaufnahme des öffentlichen Tanzes geben zu können, bittet der Bundesverband um die Genehmigung des Tanzes für geschlossene Gesellschaften. So werde es möglich sein, einen Teil der Saalstädter vor dem Untergange zu bewahren. Weitere Eingaben des Bundesverbandes werden sich gegen die Einführung einer Tanzsteuer und gegen die für die Erleichterung zur Abschaffung der Tarife aus dem gewerblichen Gewerkschaftsstock ein.

Eine Sauertraut-Erinnerung. Das „Chemnitzer Tageblatt“ schreibt: Sauertraut spielt jetzt in unserer Ernährung bekanntlich infolge einer Rolle, als es — öfter nicht zu haben ist. Da im vorigen Sommer infolge der Trockenheit und teilweise auch infolge Raupenfraßes der Ertrag an Sauertraut nicht sehr reichlich ausgefallen ist, haben die Landwirte das Kraut nicht in den früher beobachtbaren Mengen erzeugen können. So sind wir denn wohl zum größten Teil auf Rüben- und Sauertraut angewiesen. Vielleicht erinnert man sich in solchen Zeiten um so öfter an selbige und damit auch daran, daß einer unserer Stadteile geradezu bekannt war durch seine Sauertrautlieferungen. Das war die heutige Vorstadt Alchemnitz. Alchemnitzer Sauertraut hatte in einem größeren Maßstab denselben guten Ruf wie das Wagdeburger oder wie das hiesige. In früheren, indes schon um Jahrzehnte zurückliegenden Zeiten führten unsere Sauertrautbauern aus verschiedenen Orten mit ihrer Ware sehr und gaben sie sehr weise oder auch im Einzelverkauf, meist nach Maß, ab. Vielleicht, daß und dieses Jahr eine bessere Krauternte bevorsteht, damit es wieder viel und billigeres Sauertraut gibt.